

Die Sichtweise des Siedlerkolonialismus setzt sich durch in Europa: Antisemitismus, Palästina und das Recht auf Protest in Deutschland

Anna Younes, jadaliyya.com, 11.08.23

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Siedlerkolonialität.

Ich definiere Siedlerkolonialität ¹ als die Kolonisierung von Land und Menschen durch die Siedler. Dies schließt die Übertragung der während der Kolonisierung von Territorien und Menschen durch die Siedler verwendeten Technologien in die jeweiligen Gebiete ein.

Wie sich eine kolonial-liberale weiße Weltsicht in Polizei- und Justizberichten in Deutschland niederschlägt, die Palästina-Demonstrationen und jegliche öffentliche Meinungsäußerung sowie das Tanzen von Dabkeh in der Öffentlichkeit verbieten, wird am Beispiel von zwei polizeilichen Verboten palästinensischer Demonstrationen und Versammlungen (11. und 12. Mai 2023) in diesem Artikel erläutert.

Das umfasst Überwachungsstrukturen bei der Durchsetzung von Gesetzen und in der Zivilgesellschaft, Rassifizierungsstrategien ² sowie die Produktion hochwertiger Technologien zum Zweck der Kapitalakkumulation ³ in imperialen Phasen. Siedlerkolonialität umfasst also die dazu in Beziehung stehenden wirtschaftlichen und sozialen Aspekte, die über die nationale/territoriale Begrenzung des Siedlerkolonialismus durch Zeit und Raum hinausgehen.

Ich behaupte, dass die Merkmale der Siedlerkolonialität, nämlich die Eroberung, Besetzung, Kontrolle und Sicherung von Land und Menschen, die von den Europäern in den Kolonien entwickelten Techniken zur Kontrolle der Bevölkerung aufleben lassen.

Es ist daher nicht der Kolonialismus, sondern der Siedlerkolonialismus, der Faschismus mit sich bringt, um es mit Aime Césaire ⁴ zu sagen und gedanklich zu erfassen. Siedlerkolonialismus beinhaltet die Dynamik, strukturelle Machtbeziehungen rhetorisch umzudeuten, um die weiße (Siedler-)Gesellschaft als bedrohtes Opfer zu definieren: Solche Umkehrungen machen den Einheimischen zu einem „illegalen“ Eindringling und verwandeln die terrorisierenden Strukturen des Siedlerkolonialismus in Konstruktionen des Friedens.

Schließlich ist die Siedlerkolonialität eine transnationale Form der sozialen, kulturellen, außer- und rechtlichen sowie politischen Organisation und Verwaltung von Gesellschaften, die geprägt ist vom Transfer von Machttechnologien (z. B. künstlicher Intelligenz, Waffen, Agrarindustrie) zur Kontrolle von Land und Menschen im Dienste weißer rassistischer sowie politisch-ökonomischer Strukturen.

Die Eckpunkte der Debatte: IHRA, Geopolitik und rassifizierte Diskurse

In diesem Aufsatz wird die Siedlerkolonialität der Berliner Polizeistrukturen im Zusammenhang mit den Palästina-Demonstrationen beschrieben, die zum Gedenken an die Nakba im Mai 2023 geplant waren. Alle palästinensischen Demonstrationen wurden letztendlich von der Berliner Polizei verboten, einschließlich des Dabkeh-Tanzes in der Öffentlichkeit. Darüber hinaus spiegeln viele der in Berlin angewandten Begründungen und Maßnahmen entweder israelische Taktiken wider, die auf dem Austausch von Polizei- und Geheimdienstinformationen zwischen den beiden Staaten beruhen, oder es handelt sich um ältere Praktiken der europäischen Siedlerkolonialität im Allgemeinen. 5

In den Dokumenten wird der palästinensische Aktivist als potenziell gefährliche „Eindringlingsgestalt“ in die deutsche/europäische politische Landschaft dargestellt. Diese Figur wird beschrieben als Störer des Friedens sowie der Koexistenz durch Terrorismus, Islamismus, Antisemitismus oder einfach durch die Äußerung einer pro-palästinensischen Politik. Es wird eine Positionierung dieser Figur angenommen, die scheinbar gegen die Vorstellungen von Gerechtigkeit, sozialem Frieden und Zugehörigkeit verstoße, wenn nicht sogar dies und die politische Ökonomie des Landes direkt bedrohe. Der Zugriff der Siedlerkolonialität auf Land und Leute macht den Palästinenser zu einem Eindringling und einer Bedrohung für den nationalen Zusammenhalt in Deutschland sowie zu einer Gefahr für die Politik an den Grenzen weit über den Staat Israel hinaus.

In diesem Sinne hat sich nicht nur Deutschland einen Namen gemacht, wenn es um antipalästinensischen Rassismus geht, da „Rasse“ auf „lokaler und planetarischer Ebene im Dienste der weißen Vorherrschaft“ 6 auf immer neue Weise agiert. Frankreich etwa, Deutschlands direkter Nachbar, verbietet seit 2014 regelmäßig pro-palästinensische Demonstrationen. Darüber hinaus gibt es in der Europäischen Union die Tendenz, gegen politisch unerwünschte Bewegungen im Allgemeinen vorzugehen. Dazu gehören antikoloniale, ökologische und Klima-Aktivist*innen sowie antikapitalistische Bewegungen, die ihre Analysen und Politiken über die europäischen Grenzen hinaustragen. Das neue „Anti-Boykott-Gesetz“, das erst kürzlich in Großbritannien vorgelegt wurde, spricht Bände über diesen Trend. Palästina als symbolische Landschaft und ihre materiellen Körper werden zu den Gefäßen, durch die diese scheinbar „neue“, aber in Wirklichkeit ziemlich „alte“ imperiale Politik transportiert wird, die sich heute als post-rassistisch und post-siedlerkolonial positioniert.

In Deutschland haben die Polizeiverbote in den Jahren 2021 7 und 2022 8 ein neues Niveau erreicht. Die deutsche Regierung hat zwar 2017 die IHRA-WDA-Definition bestätigt und 2019 BDS in einem öffentlichen Antrag verurteilt 9, die institutionalisierte polizeiliche Behandlung von Palästinensern als terroristisch-antisemitische Bedrohung der Demokratie geht jedoch noch weit über diese Meilensteine hinaus. 10

Viele Beobachter machen die IHRA-WDA-Definition, die 2016 eingeführt wurde, für die Institutionalisierung undemokratischer Prinzipien verantwortlich. Ich würde argumentieren, dass die Institutionalisierung von IHRA eher ein Signal ist für eine wachsende strukturelle Manifestation von Technologien der Siedlerkolonialität in Gesetz und Politik in Deutschland und Europa. Sie geschieht Folge der weiteren Durchsetzung „undemokratischer“ Prinzipien.

Dieser Artikel wird zunächst einen kurzen Überblick über die rassifizierende Politik der vergangenen zwanzig Jahre in Deutschland geben. Das Ziel ist es, einfache Binaritäten zwischen unausgewogenen Aussagen wie „Israel beeinflusst Deutschland“ oder „Deutschland beeinflusst Israel“ aufzubrechen, da beide Sichtweisen sowohl historisch als auch politisch unvollständig sind. Stattdessen wird gezeigt, wie Länder im Allgemeinen voneinander lernen und wie „Rasse“ zwischen geopolitischen Regionen durch Zeit und Raum konstruiert wird, angetrieben durch konkrete kapitalistische und nationalistische Interessen, die ihre historischen Wurzeln in Europa haben. 11 Der Artikel geht dann auf die Details der Nakba-Polizeiverbote ein und zeigt, wie sie mit einer transnationalen Logik der Sicherheitspolitik und der Bedrohung durch politische Gefahren „rationalisiert“ wurden mit Figurationen Palästinas als inhärente Bedrohung des nationalen und sozialen Friedens in Deutschland. Letzteres spiegelt die heutigen politischen Regelungen von Nordamerika über Europa bis nach Asien und darüber hinaus wider und ist daher nicht nur in Deutschland zu beobachten. Der Aufsatz wird die Logik und Funktionsweise der Siedlerkolonialität auf globaler Ebene detailliert darstellen und die polizeiliche Unterdrückung Palästinas in Deutschland als Fallstudie verwenden.

Das Spektrum der palästinensischen Rassifizierung: Vom islamistisch-terroristischen zum antisemitischen Neo-Nazi-Eindringling

Die Siedlerkolonialität verwandelt die politische Kategorie des „Einheimischen“ in die politische Kategorie des „Eindringlings/Invasors“ und kehrt damit die politisch-ökonomische und historische Wirklichkeit um. Die als „Eindringlinge“ bezeichneten Personen werden dann auch als gefährliche und potenziell terroristische andere betrachtet, die sich an einer ansonsten „unschuldigen“ und „indigenen“ (Siedler-)Gemeinschaft rächen wollen. In Europa wurde das „Abzeichen des Terrors“ verdoppelt, indem die Figur des Palästinensers (Einwanderers) mit Anklängen an den Nationalsozialismus und mit einer neuartigen nationalsozialistischen Machtübernahme von außen/innen verknüpft wurde.

Seit 2000 hat sich diese Art der Rassifizierung von Palästinensern in Deutschland zunehmend normalisiert. Ihre Institutionalisierung begann mit Diskussionen über ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz (1999/2000, die erste Novellierung seit 1913), die sich schnell zu rassistischen Ängsten darüber entwickelten, wer legitimerweise zu Deutschland gehöre und wer nicht. Diese staats- und identitätsstiftenden Narrative von Institutionen und Politikern zur Definition des „Deutschseins“ wurden mit der Bekämpfung des Antisemitismus und der Unterstützung des „Globalen Kriegs gegen den Terror“ verknüpft.

Der „Krieg gegen den Antisemitismus“ 12 baut auf den rassifizierenden Technologien des „Kriegs gegen den Terror“ auf und wird auch von israelischen politischen Kommentatoren als globaler Krieg bezeichnet. 13 Währenddessen begannen deutsche Verwaltungen und Politiker, das „Existenzrecht Israels“ als eine unbestreitbare Tatsache zu bezeichnen, die nicht diskutiert oder in Frage gestellt werden dürfe. Darüber hinaus wurde der Antisemitismus in die lange Liste der inter-/nationalen unerträglichen Politik aufgenommen, die Europa anscheinend aus seinem politischen Umfeld verbannen möchte - zumindest symbolisch.

Und Palästinenser wurden in Deutschland durch einen siedler-kolonialen Diskurs, der sie bereits mit Eindringlingen und antisemitischen Judenhassern verglichen hat, zu Stellvertretern für den Vorwurf des Nazi-Antisemitismus. In diesem Sinne begründete die Polizei ihr Verbot des (Demo)Slogans „Vom Fluss zum Meer - Palästina wird frei sein“ im Jahr 2023 mit der Anwendung des § 86a des deutschen Strafgesetzbuches als verfassungswidrig. 14 Letzterer entstand zur Abwehr von Neonazi-Organisationen und -Symbolen und wird vor allem gegen diese – und nun auch gegen Palästinenser – eingesetzt. 15

Im ersten Jahrzehnt nach dem 11. September 2001 und dem neuen deutschen Staatsangehörigkeitsrecht, das die Zuwanderung von Menschen ohne direkte Blutsverwandtschaft zu Deutschland erleichterte, machte sich in der deutschen Gesellschaft die Angst vor einem zunehmenden Antisemitismus breit. Diese scheinbare Zunahme eines „Neuen Antisemitismus“ wurde von Lehrern, Politikern und zivilgesellschaftlichen Organisationen geäußert und erklärt mit dem Beginn der Zweiten Intifada, dem Krieg gegen den Terror, der BDS-Bewegung und der UN-Antirassismuskonferenz in Durban, die alle eine Welle des „Neuen Antisemitismus“ in Europa unterstützen sollten. Diese neuen Aufforderungen zur Bekämpfung des Antisemitismus wurden von parallelen neoliberalen Maßnahmen zur Überwachung, Absicherung und Kontrolle dessen begleitet, was als illegitime und antidemokratische Weltanschauungen, Theorien (z. B. CRT, postkoloniale Studien), bekannte Intellektuelle und Bewegungen angesehen wurde.

Im Jahr 2006 verlangte ein neu entwickelter Einbürgerungstest in Hessen von den Bewerbern „Erklären Sie den Begriff des bedingungslosen Existenzrechts Israels“, wobei eine Antwort die richtige war: „Es bedeutet, dass die im Staat Israel lebenden Menschen ohne Angst, Terror und Gewalt in seinen international anerkannten Grenzen leben können“.16 Die Palästinenser werden nur in einer Unterfrage des Tests erwähnt als die terroristischen Täter der Entführung bei den Olympischen Spielen in München 1972.

Heute ist eine Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes vorgesehen, die im Sommer 2023 in Kraft treten soll. In diesem Vorschlag wird der folgende Satz hinzugefügt:

„Antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Handlungen sind mit der Garantie der Menschenwürde des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland unvereinbar und verstoßen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes.“ 17

Nach EU-Recht fällt die Regelung des Erwerbs und Verlusts der Staatsangehörigkeit in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, solange sie nicht gegen EU-Recht verstößt – der besagte juristische Gefahrennachweis könnte durch eine länderübergreifende Zusammenarbeit bei Geheimdienst – und Polizeiaufzeichnungen erfolgen. Da die meisten politischen Äußerungen der Palästinenser in Deutschland mittlerweile als antisemitisch eingestuft werden und eine sicherheits- und polizeiliche Koordination zwischen der EU, dem Staat Israel und den Vereinigten Staaten üblich ist, liegt die Vermutung nahe, dass jeder, der wegen eines nach der IHRA-Definition als antisemitisch eingestuften Verbrechens zu einer Geldstrafe oder mehr verurteilt wurde (wie z.B. im Jahr 2022 18), keine Staatsbürgerschafts-

rechte erhalten wird. Eine solche Gesetzgebung und Politik verlangt von den Palästinensern, sich selbst als historisches und politisches Subjekt auszulöschen, andernfalls würde die Flüchtlingsexistenz auch in Deutschland und Europa zu einer Konstante bei den Palästinensern werden.

Während Palästinenser und ihre Unterstützer in Deutschland in der Öffentlichkeit mundtot gemacht werden, was die Fälle der Ermordung ihrer Familienangehörigen einschließt 19, mit den Mitteln der Diffamierungs- und Fehlinformationskampagnen, Geheimakten 20 und Verlust von Arbeitsplätzen 21, kann man wohl mit Sicherheit sagen, dass die allgemeine Absicht, die Menschen zum Schweigen zu bringen, darin besteht, sie von der politischen Teilnahme an der Gesellschaft auszuschließen.

Während diejenigen, die noch intellektuelle oder politische Machtpositionen innehaben, über Erinnerung und Geschichte diskutieren wollen als nicht so gefährliche Metapher für das, was heute schief läuft, wollen Palästinenser über Niederwerfung, Krieg, Siedlerkolonialismus, Polizei- und Waffen- gewalt, Enteignung und Überwachung sprechen. In Deutschland gibt es, ähnlich wie im ehemaligen Südafrika, eine Tendenz des weißen Liberalismus und der (weißen rassistischen) Apartheid- Befürworter, die Erzählung zu kontrollieren, indem sie entscheiden, welche Palästinenser es wert sind, eingeladen zu werden/mit ihnen zu sprechen (gute Palästinenser) und wer nur hinter verschlossenen Türen oder gar nicht kontaktiert wird (böse Palästinenser). 22 Wie sich eine kolonial-liberale weiße Weltsicht in Polizei- und Justizberichten in Deutschland niederschlägt, die Palästina-Demonstrationen und jegliche öffentliche Meinungsäußerung sowie das Tanzen von Dabkeh in der Öffentlichkeit verbieten, wird im Folgenden am Beispiel von zwei polizeilichen Verboten palästinensischer Demonstrationen und Versammlungen (11. und 12. Mai 2023) erläutert.

Die Polizeiverbote

Während des Ramadan werden Zehntausende von Muslimen zum Freitagsgebet in der Jerusalemer Altstadt erwartet, was die grundlegenden Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern erheblich verstärkt.

Die erste Demonstration, ursprünglich unter dem Titel „Solidarität mit dem palästinensischen Volk“, wurde am 11. Mai 2023 verboten. Das polizeiliche Verbot begann mit dem Punkt der Grundrechte wie das „Recht auf öffentliche Versammlung“ (Art. 8 GG) sowie dem dazugehörigen Absatz „...(1) die Freiheit schützt, sich öffentlich mit anderen Personen zum Zwecke einer gemeinsamen Aussprache oder Kundgebung zu versammeln, um an der öffentlichen Meinungsbildung teilzunehmen.“ Die Polizei argumentierte jedoch, dass diese Gesetze bei einer „unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ eingeschränkt werden können (§ 14 Abs. 1 VersFG BE).

Bezeichnenderweise beginnt die Begründung für das Demonstrationsverbot mit einem Verweis auf den Staat Israel und spielt gleichzeitig darauf an, dass in Berlin eine ähnliche politische Situation herrsche (siehe unten). Auf den folgenden Seiten des Verbots beschreibt die Polizei zunächst die Situation im „Nahen Osten“, indem sie ein israelisches Narrativ über Zusammenstöße an der Al-Aqsa (4.-6. April 2023) wiederholt und angibt, dass israelische Sicherheitskräfte 350 Palästinenser in Jerusalem festgenommen hätten, während der Rote Halbmond von 40 verletzten Palästinensern berichtet.

In den nächsten Absätzen wird dargestellt, dass Palästinenser ihre eigenen Leute daran gehindert hätten, die Moschee zu verlassen. Während sechs Palästinenser verletzt werden, werden die israelischen Streitkräfte als Beschützer der Palästinenser vor den Palästinensern dargestellt. Die Erklärung befasst sich dann mit dem Gazastreifen und beschreibt, wie die israelischen Streitkräfte Vergeltung für den anscheinend ungerechtfertigten Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen geübt haben.

Das Verbot erwähnt dann den Rammangriff in Tel Aviv am 7. April 2023 und lässt die vielen Vorfälle von Siedler- oder Militärgewalt gegen palästinensische Dörfer, Familien und Einzelpersonen unerwähnt. Auch der Hungerstreik von Khader Adnan und seine angebliche Verbindung zum islamistischen Terrorismus werden kurz erwähnt, nicht aber die Tatsache, dass er in israelischer Haft über längere Zeit an sein Bett gefesselt war, was nach internationalem Recht der Folter gleichkommt. Die Einseitigkeit setzt sich fort, indem das Gefangenennetzwerk *Samidoun* und die Gesänge „vom Fluss zum Meer“ als antisemitisch und den sozialen Frieden in Deutschland gefährdend bezeichnet werden.

Das Unterkapitel kommt schließlich zu dem Schluss, dass die zunehmende Verschärfung der Situation in Israel/Palästina auch zu einer „hohen Emotionalität“ der Palästinenser in Deutschland führe – warum das so ist und warum das nur die Palästinenser betrifft und nicht etwa Israelis oder Deutsche, wurde nicht erwähnt. Stattdessen wird der Eindruck erweckt, dass Palästinenser eine ähnliche Situation wie im Staat Israel nach Deutschland transportieren und damit auch Deutschland in eine vergleichbare Position wie den Staat Israel bringen.

Angesichts dieses Darstellungsstils liegt die Vermutung nahe, dass mit diesen Beschreibungen Palästinenserinnen und Palästinenser als emotional, irrational und grenzüberschreitend rassistisch pathologisiert werden sollen, während die deutsche und israelische Gesellschaft zum Opfer wird. Diese Projektion lastet nicht nur alle gesellschaftlichen Missstände der palästinensischen Identität und dem palästinensischen Denken an, sondern versteht Rassismus – zumindest in diesem Polizeidokument – als Folge von Überemotionalität und Irrationalität auf Seiten des rassifzierten anderen.

Bei dieser Interpretation wird das Merkmal des Rassismus als einer systemischen Struktur, die auf Machthierarchien im Dienste der weißen Vorherrschaft beruht völlig ausgeblendet und nicht beachtet, dass die Palästinenser hier wenig bis gar keine Macht haben, die Weltpolitik zu beeinflussen, geschweige denn eine Art Völkermord zu inszenieren.

„Vergleichbare Versammlungssituation in Berlin“

Im nächsten Unterkapitel zieht das Verbot direkte Parallelen zwischen Versammlungen im Nahen Osten und Berlin. Unter Auslassung des Hintergrunds der elftägigen israelischen Bombardierung des Gazastreifens im Mai 2021, die weltweit zu massiven Demonstrationen führte, 24 heißt es im polizeilichen Verbot: „An diesem Wochenende im Mai 2021 fanden in ganz Deutschland und Europa pro-palästinensische Kundgebungen statt, die zum Teil erhebliche antisemitische Züge aufwiesen.“

Für den Staat und die Polizei waren diese antisemitischen Untertöne unter anderem Sprechchöre wie „Vom Fluss zum Meer“, „Israel Kindermörder“ und „Boykottiert Israel“. In Bezug auf eine andere

Demonstration in Berlin, die am 19. Mai stattfand, verdoppeln sie den antipalästinensischen Rassismus mit antimuslimischem Rassismus und stellen fest, dass „die Versammlung für Außenstehende aufgrund der aggressiven ‚Allahu Akbar‘-Sprechchöre einen deutlich militanten Eindruck machte.“

Die Polizei geht dann näher auf die Demonstrationen ein, die in Berlin stattgefunden haben: Sie stellt fest, dass die Teilnehmer gegen das Gebot des „hygienischen Mindestabstandes“ verstoßen hätten und dass statt 150 Teilnehmern 500 erschienen seien. Der Anstieg der Teilnehmerzahl bei der Demonstration am 19. Mai 2021 (die mit 500 Personen angemeldet war, während schließlich 3.000 hinzukamen) und anderen wurde als Verstoß gegen die ursprüngliche Anmeldung mit weniger Personen angeführt.

„... eine bedeutende Anzahl von Menschen ... versammelte sich ... am Schutzzaun zwischen Israel und dem Gazastreifen“

In einem weiteren Unterkapitel beschreibt das Polizeiverbot den Nakba-Tag, indem es einen Artikel aus wikipedia.de zitiert und verlinkt. Es erläutert auch den „Großen Marsch der Rückkehr“²⁵, wobei falsche Angaben über palästinensische Tote, verstümmelte Körper oder die Rolle der israelischen Armee bei der absichtlichen Verstümmelung und Tötung von Demonstranten auf der anderen Seite des Zauns gemacht werden. Während die deutsche Polizei angab, dass 50 Palästinenser getötet und 7.000 verletzt wurden, waren es tatsächlich 217 Tote und mehr als 36.000 Verstümmelte sowie Verletzte.²⁶ Nach diesen falschen Darstellungen heißt es im Verbot:

„Ihre Versammlung im thematischen Zusammenhang mit dem historischen ‚Al-Nakba-Tag‘ ist geeignet, die bereits bestehende erhebliche Emotionalisierung innerhalb der palästinensischen Diaspora vor dem Hintergrund der unverminderten Konflikte und militärischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen in Ost-Jerusalem und im Gazastreifen massiv zu verstärken.“

„...eine erhebliche Emotionalisierung innerhalb der palästinensischen Diaspora“

Im nächsten Unterkapitel werden die „Erkenntnisse zur gegenwärtigen Versammlung“ dargelegt und attestiert, dass die Versammlung angesichts der transnationalen Emotionalisierung der Palästinenser im Nahen Osten wie auch in Berlin zu „ungezügelter Gewalt“ führen könnte, für die Palästinenser und ihre Emotionen verantwortlich gemacht werden. Der Bericht nennt Organisationen wie *Samidoun*, die linke *PFLP*, die *HAMAS*, *Young Struggle (YS)* und andere Gruppen, die eine „antikapitalistische, antirassistische und antiimperiale“ Weltanschauung propagieren, als potenzielle Vorboten einer solchen „ungezügelter Gewalt“ (die *PFLP* und die *HAMAS* werden auch auf der Terrorismusliste der EU genannt).

Der Bericht kommt in diesem Unterkapitel schließlich zu dem Ergebnis, dass es sich um eine geplante Demonstration handele, die die Sicherheit der Polizeibeamten gefährden könnte, da von möglichen Anschlägen auszugehen sei: „Selbst ein hoher Emotionalisierungsgrad der Versammlungsteilnehmer bietet jedoch keine Rechtfertigung, gewaltsam gegen den Souverän in Ausübung seiner originären Aufgaben vorzugehen.“

„Störung des öffentlichen Friedens“ ... „Dies kann nicht unter dem Deckmantel der Versammlungsfreiheit toleriert werden“

Eines der letzten Unterkapitel befasst sich mit dem Recht, öffentliche Versammlungen bei einer möglichen Gefahr für die Allgemeinheit aufzulösen. Der erste Absatz beruft sich darauf, dass jede Demonstration oder Versammlung verboten werden kann, wenn gegen eine bestimmte ethnische Gruppe gehetzt wird oder wenn Teile der (deutschen) Gesellschaft vorsätzlich beleidigt oder verleumdet werden. Letzteres gilt wie üblich nicht, wenn Palästinenser in Deutschland in der Öffentlichkeit beleidigt, falsch dargestellt oder verleumdet werden.

„Darüber hinaus kann eine Versammlung ...verboten werden, wenn ...sie geeignet oder bestimmt ist, zu Gewalttätigkeiten anzustiften und dadurch einschüchternd zu wirken, oder wenn sie das sittliche Empfinden der Bürger und grundlegende soziale oder ethnische Anschauungen schwer verletzt.“

Um zu beschreiben, was diese grundlegenden und moralischen Empfindungen der Bürger sind, zitiert das Verbot die IHRA-WDA-Definition sowie die „Unabhängige Expertengruppe für Antisemitismus“ (2017, ein Bericht, der in den ersten drei bis vier Jahren ohne eine jüdische Person in seinem Verfasser- oder Vorstandsausschuss erstellt wurde). Und während der Bericht ständig die Toten und Verletzten von Palästinensern und nicht von Israelis als Reaktion auf die palästinensische Gewalt anführt, heißt es im Bericht: „Die Propagierung der Nichtexistenz und Vernichtung des Staates Israel in Wort und Bild ist nach allen gängigen Definitionen von Antisemitismus als der prägnanteste Ausdruck von Judenfeindschaft zu betrachten.“

„Das Verbot der von Ihnen angekündigten Versammlung ist daher unumgänglich“

Wir werden nicht nur Zeuge, wie die Polizei eine Definition des Antisemitismusbegriffs übernimmt, wie sie von der IHRA-WDA gefordert wird, sondern wir sehen auch etwas anderes: Was als „israelbezogener oder antizionistischer Antisemitismus“ bezeichnet wird, wird zur definitorischen Leitlinie für das Strafgesetzbuch, das sich mit den genannten Vorfällen befasst – zumindest für Polizei und Richter.

Der Bericht stellt fest, dass „vernichtender Antizionismus“ eine Unterkategorie des „vernichtenden Antisemitismus“ ist „Vernichtender Antizionismus“ ist ein relativ neues Konzept, das den palästinensischen Widerstand gegen den Siedlerkolonialismus durch die Linse des weißen rassistischen (*speziell für diesen Zweck umgedeuteten Auffassung des – Ergänzung PAKO*) Nazi-Faschismus betrachtet. Dieses von der Polizei verwendete Konzept setzt im Wesentlichen den palästinensischen indigenen Widerstand gegen die koloniale Auslöschung durch Siedler mit der Planung eines Völkermords an den Juden qua Nazifaschismus gleich. Der Bericht schließt dann mit den Worten: „Das Verbot Ihrer angekündigten Versammlung ist daher unvermeidlich“.

Während Naftali Bennett Palästinenser während des Großen Marsches der Rückkehr (2018) dafür verantwortlich macht, „Selbstmord“ an sich selbst zu verüben 27, werden Palästinenser in Deutschland beschuldigt, Völkermord an jüdischen Israelis zu begehen. Dabei sind es Palästinenser, die massenhaft sterben[I], ohne dass ihr Tod in diesen deutschen Polizeiberichten angemessen dargestellt wird.

Schlussfolgerung: „Die Einschätzung der Gefahr ist durch den zeitlichen Zusammenhang mit dem Nakba-Tag gerechtfertigt“

Heute muss die Interpretation der Berliner Polizei und des Berliner Gerichts 28 vor dem Hintergrund eines zunehmenden Klimas des antipalästinensischen Rassismus, der weißen Vorherrschaft und der Unterstützung der kolonialen Herrschaft der Siedler verstanden werden, die die Weltanschauung derer, die sie diskriminiert, als inhärent bedrohlich und „aufdringlich“ betrachtet. Als die Demonstranten versuchten, gegen das Polizeiverbot zu klagen, entschied das Berliner Verwaltungsgericht zugunsten des polizeilichen Verbots mit der Begründung, dass die „Einschätzung der Gefährlichkeit durch den zeitlichen Zusammenhang mit dem Nakba-Tag gerechtfertigt ist.“

Zu allem Überfluss wurde Dabkeh im polizeilichen Verbot als „rhythmisches Singen und Springen, erhobene Fäuste“ (sic) definiert. Und obwohl es im eigentlichen polizeilichen Verbot nicht untersagt war, nahm die Polizei es selbst in die Hand und entschied am 13. März 2023, dass Dabkeh zu gefährlich sei, um bei einer Veranstaltung der palästinensischen Kulturgemeinde auf dem Hermannplatz in Neukölln, Berlin, aufgeführt zu werden. Als die Polizei auf dem Platz patrouillierte, stoppte sie die jungen Männer, die eine Tanzgruppe zu bilden begannen, mit der Begründung, dass Tanzen auch eine Form der „politischen Meinungsäußerung“ und daher verboten sei. Damit blieb der Verkauf von Kunsthandwerk, Büchern, Eis, Lebensmitteln und Knafeh das einzige, was Palästinenser tun oder verkaufen durften.

Das zweite polizeiliche Verbot (12. Mai 2023) war im Wesentlichen ein Copy- und Paste-Unternehmen mit nur geringfügigen Änderungen in einigen Absätzen. Die Copy-and-Paste-Methode verstößt faktisch gegen die im deutschen Recht verankerte Einzelfallentscheidung und ähnelt damit einem pauschalen und allgemeinen Verbot 29. Hinzu kommt, dass die Verbote entweder einen Tag vor oder am selben Tag der Veranstaltung ausgesprochen wurden, so dass ein rechtzeitiger Einspruch nicht mehr möglich war.

Bei der vorherrschenden Siedlerkolonialität und ihrer Polizei-Ideologie übernimmt schließlich jeder – auch die Zivilbevölkerung und die Polizei – die Rolle der Polizei. Während eine wachsende Zahl von Wissenschaftlern und Historikern der Meinung ist, dass der Nazismus den deutschen Kolonialismus nach Deutschland gebracht hat 30, könnte es sinnvoll sein, unsere koloniale Bildung weiter zu verfeinern und die Funktionsweise des Siedlerkolonialismus über die Grenzen hinweg in den Vordergrund zu stellen. Dann könnte man sagen, dass der Siedlerkolonialismus und nicht der Kolonialismus mit seiner polizeilichen und eliminatorischen Logik die Oberhand gewann.

Wenn unser Staatsbürgerschaftsrecht in Deutschland in diesem Sommer geändert wird, können nachrichtendienstliche und polizeiliche Aufzeichnungen über antisemitische Straftaten, selbst wenn sie nur mit einer Geldstrafe geahndet werden, zwischen den Ländern ausgetauscht werden, um den deutschen Behörden vor Ort eine bessere Entscheidungshilfe bei der Verleihung oder Verweigerung der Staatsbürgerschaft zu geben. Unser Straf-, Zivil- und öffentliches Recht³¹ könnte also bald so ausgelegt werden wie das in anderen Siedlerkolonien. ³² Mit diesen möglichen Änderungen ist es wahrscheinlich, dass die israelische Rechtsprechung die Entscheidungsprozesse in Deutschland und

vielleicht sogar in anderen EU-Ländern beeinflussen wird, wenn es darum geht zu entscheiden, welche Einwanderer zugelassen und welche abgelehnt werden sollen.

In Deutschland argumentieren einige Aktivisten und Intellektuelle der liberalen Linken, dass diese brutalen Angriffe auf die demokratischen Prinzipien „Widersprüche“ innerhalb des Kapitalismus (im jeweiligen Staat – Ergänzung PAKO) oder der liberalen Demokratie seien. Sie berufen sich daher auf die „demokratischen“ Grundsätze der „Redefreiheit“, der „Versammlungsfreiheit“ oder sogar der „Bewegungsfreiheit“.

Im Kapitalismus sind dies jedoch keine Widersprüche, die seine Existenz bedrohen: Es sind vielmehr die Widersprüche, die das (globale) System hervorgebracht hat, dessen Subjekte und Akteure wir heute sind. Genau hier brauchen wir übergreifende Analysen, die es uns ermöglichen, die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Jerusalem, Washington und Berlin zu verstehen und sie mit dem „Krieg gegen den Terror“ und dem sogenannten „Krieg gegen den Antisemitismus“ weltweit zu verbinden.

Solche „antidemokratischen“ Angriffe erfordern auch umfassende Analysen der grundlegenden anti-rassistischen Politik von Staaten, die ihr eigenes öffentliches Image mit staatlich sanktioniertem Rassismus unter dem Deckmantel der Antirassismuspoltik aufpolieren, während sie rassifizierende Sicherheitsprojekte weltweit weiter festigen. Währenddessen schafft der Staat „Legitimität, weil er bestimmte Menschen gewaltsam dominiert und sie dadurch als die Art von Menschen definiert (und sie für andere sichtbar macht), die herumgeschubst werden sollten“. 33 In diesem Sinne wurde die Anti-Rassismus-Politik, hier speziell die Anti-Antisemitismus-Politik, zur Ware gemacht und in ein staatliches Instrument zur Überwachung von Palästinensern und anderen rassifizierten Nicht-Bürgern verwandelt. Diese Politiken spielen auch eine wichtige Rolle bei der Überwachung oder Neudefinition von staatlichen Grenzen, der Einbeziehung in die Staatsbürgerschaft und bei der Frage, was Deutschland oder Europäischsein auch über europäische Grenzen hinweg bedeuten könnte. Genau diese politische Ökonomie kontrolliert fortan auch die Grenzen des politischen Kapitals und derjenigen, die an seiner nationalen Reproduktion teilnehmen dürfen.

In diesem Sinne ist die „Rasse“ in die Strukturen eingebettet, die Arbeit, Recht und Politik kontrollieren, und nicht andersherum. Heute produziert diese Kontrolle die Positionierung von Palästinensern und vielen anderen als überflüssige Bevölkerungsgruppen, die für kein politisches und/oder wirtschaftliches Projekt benötigt werden, sondern als rechtliche Belastung erscheinen.

Letztendlich werden diese politischen Entwicklungen in Europa genau die Tendenzen zum Vorschein bringen, vor denen es seine weißen oder/und großstädtischen Bewohner eine Zeit lang abgeschirmt hat: Kolonialismus, Siedlerkolonialismus und Faschismus.³⁴

(I) In einem UN-Bericht über den ‚Großen Marsch der Rückkehr‘ beschrieb ein internationaler Reporter die Szene wie folgt: „Auffallend war die große Zahl der Verletzten. Und das langsame, methodische Schießen. Alle paar Minuten... hörte man einen Schuss, und man sah jemanden fallen. Und dann ein weiterer Schuss und eine weitere Person fiel. Das ging stundenlang so... Die Zahl der Verwundeten war erstaunlich. Ich konnte nicht sagen, wie viele Menschen ich sah, die erschossen wurden, weil es so

viele waren. Ich habe über Kriege in Syrien, Jemen und Libyen berichtet. Aber so etwas habe ich noch nie gesehen. Das langsame, methodische Schießen. Es war einfach schockierend...“ (UN-Bericht, S. 11.)

Quelle: <https://www.jadaliyya.com/Details/45243/Settler-Coloniality-is-Coming-Home-to-Roost-in-Europe-Antisemitism,-Palestine-and-The-Right-to-Protest-in-Germany>

- 1 <https://www.jadaliyya.com/Details/26604>
- 2 <https://www.jstor.org/stable/2692330>
- 3 <https://mayday.leftword.com/catalog/product/view/id/16962/s/iraq-afghanistan-and-the-imperialism-of-our-time/>
- 4 https://files.libcom.org/files/zz_aime_cesaire_robin_d.g_kelley_discourse_on_colbook4me.org_.pdf
- 5 <https://twitter.com/elsclegal/status/1663476908925890560>
- 6 <https://www.wiley.com/en-us/Why+Race+Still+Matters-p-9781509535712>
- 7 <https://www.dw.com/en/berlin-police-on-alert-for-antisemitism-at-pro-palestinian-rallies/a-57630055>
- 8 <https://www.972mag.com/berlin-palestinians-nakba-protest-police/>
- 9 <https://www.bt3p.org/en/klage>
- 10 <https://www.jstor.org/stable/10.13169/islastudj.5.2.0249>
- 11 <https://www.versobooks.com/en-gb/products/2615-abolition-geography>
<https://uncpress.org/book/9781469663722/black-marxism-revised-and-updated-third-edition/>
- 12 <https://www.scienceopen.com/hosted-document?doi=10.13169/islastudj.5.2.0249>
- 13 <https://www.jpost.com/opinion/the-war-against-antisemitism-must-be-conducted-on-social-media-582351>
- 14 <https://verfassungsblog.de/and-then-the-cops-arrive>
- 15 <https://verfassungsblog.de/signs-and-symbols>
- 16 https://de.wikibooks.org/wiki/Lehrbuch_Einh%C3%BCrgerungstest_Hessen/_100_Fragen_und_100_hoffentlich_ausreichende_Antworten
- 17 https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/referentenentwurfe/VII5/gesetz-zur-modernisierung-des-staatsangehoerigkeitsrechts.pdf?__blob=publicationFile&v=6
- 18 <https://www.middleeasteye.net/news/germany-police-admit-protest-ban-people-detained-looked-palestinian>
- 19 <https://www.ecchr.eu/en/case/israeli-airstrikes-in-gaza-justice-in-the-kilani-case/>
- 20 <https://elsc.support/cases/germany-a-concerning-case-of-censorship-and-digital-surveillance>
- 21 <https://elsc.support/cases/berlin-court-finds-deutsche-welle-unlawfully-dismissed-journalist-farah-maraqa>
- 22 <https://www.youtube.com/watch?v=lyr6bdXGwB8>
- 23 <https://mondoweiss.net/2023/05/germanys-palestine-problem>
- 24 <https://www.aljazeera.com/news/2021/5/22/palestinian-solidarity-protests-marked-around-the-world>
- 25 <https://www.imdb.com/title/tt10825504>
- 26 <https://visualizingpalestine.org/visuals/gaza-return-march>
- 27 <https://www.imdb.com/title/tt10825504>
- 28 <https://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/presse/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1326563.php>
- 29 <https://elsc.support/news/elsc-statement-no-to-the-nakba-demo-bans-end-germanys-criminalisation-of-palestinian-existence>
- 30 <https://www.jstor.org/stable/10.7312/lang14972>
- 31 https://brill.com/view/journals/pyio/22/1/article-p177_6.xml
- 32 <https://www.aljazeera.com/economy/2019/9/27/prison-systems-in-the-us-and-israel-have-something-in-common>
- 33 <https://www.taylorfrancis.com/chapters/edit/10.4324/9780203939482-7/restating-obvious-ruth-wilson-gilmore-craig-gilmore>
- 34 [file:///C:/Users/Rajab/Downloads/mbroz,+Palestinian+Zombies+\(Individual+Final\)%20\(1\).pdf](file:///C:/Users/Rajab/Downloads/mbroz,+Palestinian+Zombies+(Individual+Final)%20(1).pdf)

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de